

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff
Tageblatt Riesa.
Herausf. Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Tresden 1530.
Kontoführer:
Riesa Nr. 52.

Nr. 102.

Sonnabend, 3. Mai 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: GutsMuthsstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Distant, Geld und Kapital.

Am 1. Mai wurde der Distantfuß in Newyork auf 3 Prozent, in London gleichfalls auf 3 Prozent und in Paris sogar auf 2 1/2 Prozent herabgesetzt. Der Reichsbankleitung konnte diese Distantsetzung nicht unbekannt sein. Der neue Reichsbankpräsident Dr. Luther hat sie gleichwohl nicht mitgemacht, so daß bei uns der Distantfuß von 5 Prozent einstellweise weiter besteht. Die Nachrichten von den großen Börsenplätzen über die neuen Distantsetzungen kamen für die Allgemeinheit, selbst für die Londoner City ziemlich überraschend, zumal die Börse im Hinblick auf den 1. Mai geschlossen war. Der normale Distantfuß von 3 Prozent ist in London seit Kriegsende nur ein einziges Mal und auch das nur vorübergehend im Jahre 1922 erreicht worden. Jetzt wird angenommen, daß die Maßnahmen der Bank von England von Bestand und Dauer sein werden.

Bei uns ist trotz der letzten Distantsetzung keine Belebung der Unternehmungskraft und auch keine wesentliche Besserung der allgemeinen Stimmung erfolgt. Namentlich will das Baugeschäft in diesem Jahre trotz günstiger Witterungsverhältnisse nicht in Fluß kommen so daß zu Beginn des Monats Mai noch rund 60 Prozent der organisierten Bauarbeiter ohne Arbeit sind. Auch die Lage der Schwerindustrie, des Bergbaus und der Eisenindustrie ist wenig erfreulich. Die Wartigkeit der Metallwerke steht fest. Auch die Börse reagierte in diesen Tagen wiederholt auf die unbedeutenden wirtschaftlichen Nachrichten, die von allen Seiten einfließen. Doch ist nicht zu verkennen, daß die fortwährende Gelberleichterung das Kaufinteresse für festverzinsliche Werte und auch für Dividendenpapiere hob. Das Angebot von Geld war über Umlauf fortgesetzt reichlich, so daß die Versorgung glatt vorstatten gehen konnte. Allgemein und mit guten Gründen kann damit gerechnet werden, daß die bestehende feste Verbilligung des Geldmarktes bestehen bleibt und sich in nächster Zeit noch vertieft.

Die Geldflüssigkeit und die Senkung des Reichsbankdistantfußes auf 5 Prozent sowie die niedrigen Distantfüße in Newyork, London und Paris führten vielfach zu der Auffassung, daß die Folge aller dieser Erscheinungen auf dem Geldmarkt zu einer entsprechenden Verbilligung und Verbesserung der Bedingungen für langfristige Anleihen führen müßte. Diese Auffassung ist nicht nur irrig, sondern auch gefährlich, weil sie vielfach die verantwortlichen Organe der Gemeindevewaltungen zu einer gestörten Aufnahme kurzfristiger Kredite verleitet, wozu keinerlei Veranlassung gegeben ist.

Weber in der Vorkriegszeit noch heute ist der Reichsbankdistantfuß oder die Privatdistantfüße für die Entwicklung der Zinsätze für langfristige Kredite, weder in ihrer Höhe noch in ihrer Bewegung entscheidend. In der Vorkriegszeit ist allerdings eine Wechselwirkung nicht zu verkennen, doch waren damals die Beziehungen zwischen Geld- und Kapitalmarkt aus Gründen der größeren internationalen Verflechtung und eines stärkeren Vertrauens des Kapitalanlage suchenden Publikums viel inniger als in der Nachkriegszeit. In der Nachkriegszeit, besonders in der Inflationszeit zeigte sich aber die Unabhängigkeit des Zinsfußes für langfristige Kapitalanlagen von den Zinsätzen des Geldmarktes, wie aus den Wochenberichten des Instituts für Konjunkturforschung hervorgeht, sehr anschaulich. Das Geldkapital, richtiger das Kapital, das für langfristige Zwecke zur Verfügung stehende Geld, ist heute außerordentlich gesucht. Ueberdies sind die Kapitalisten, namentlich unsere eigenen deutschen Kapitalisten, recht misstrauisch. Dr. Meiner, der Präsident des Deutschen Sparfassen- und Giro-Verbandes hat schon recht, wenn er meint: „So lange der deutsche Sparer noch an einer Staatsanleihe einen 15prozentigen Kursverlust innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren erleben kann, so lange wird es nicht möglich sein, innerhalb des freien Publikums mehr Interesse für den öffentlichen Kredit zu wecken. Hier kann nur eine ruhige und stetige Kursentwicklung helfen. Ein jetzt plötzlich auftretender Ansturm auf den Kapitalmarkt würde im weiteren Verlauf wieder zu Kursstürzen führen und damit auch die Hoffnung auf eine Rückkehr des Vertrauens des tausenden Publikums vernichten.“

Gerade der psychologische Faktor verdient größte Beachtung! In volkswirtschaftlicher Hinsicht ist die Herabsetzung des Distantfußes in Newyork, London und Paris eine Tat, die auch bei uns ihre Nachklänge findet und finden muß. Diese würden sich wirtschaftlich viel intensiver auswirken, wenn die Reichsbank selbst sich entschließen könnte, in der Herabsetzung ihres eigenen Distantfußes dem Beispiel der anderen zu folgen. Die deutsche Wirtschaft steht unmittelbar nach der Wahl des neuen Reichsbankpräsidenten Dr. Luther auf den Nachfolger Dr. Schacht große Hoffnungen. Sie hegt die Erwartung, darin nicht getäuscht zu werden.

Die internationalen Entwicklungstendenzen sind, was Geldflüssigkeit, Kapitalmarkt und internationalen Kredit

Die erste Beratung des Reichsetats beendet. Der Reichstag bis 15. Mai vertagt.

Berlin (Hauptstadt), 3. Mai, 10 Uhr vorm. Der Reichstag überwiegt in der heutigen Sitzung zunächst ohne Rücksicht den Rotenwechsel zum deutsch-portugiesischen Handelsabkommen und das Übereinkommen über die Schollen- und Flunderfischerei in der Dänische dem Auswärtigen Ausschuss.

Dann wird die erste Beratung des Etats für 1930

fortgesetzt. Abg. von Ebel (Christl.-Nat. Bauernpartei) erklärt, die Regierung habe mit dem Etat eine traurige Erbschaft von der Regierung Müller-Disekerling übernommen. Die Arbeit des Jahres 1930 müsse im Zeichen der Ausgabenkürzung stehen. In der Gemeindefiskalisierung müsse ein bestimmter Faktor eingefügt werden, um auch die Gemeinden zur Sparsamkeit zu erziehen. Wenn seine Partei diesen überhöhten Etat nicht von vornherein ablehne, so tue sie es, weil sie zunächst das Ergebnis der Ausschussberatungen abwarten und der Regierung Zeit zum Beweise ihres Sparwillens geben wolle. Wir haben, so erklärt der Redner, füglich den Steuererlassen zugestimmt bei Ordnung des Etats, was auch für die Wirtschaft unerlässlich ist und jede Hilfe für den deutschen Osten sonst unmöglich wäre. Das sollten sich vor allem die Reichelager setzen lassen, die neulich auch sogar das Sparprogramm aufs Schwere gefährdet haben. Unser Standpunkt ist aber kein Freiheits für die Fortführung der bisherigen Ausgabenwirtschaft.

Abg. Meyers-Berlin (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Fraktionsverbands und erklärt, inaktivität habe die sozialdemokratische Fraktion ohne triftigen Grund das Kabinett Müller an Fall gebracht, und die anderen Parteien der großen Koalition vor die Wahl gestellt, entweder einer nicht sozialistischen Regierung auf parlamentarischem Wege die Ordnung unserer Finanz- und Kassenlage zu ermöglichen oder eine Reichstagsauflösung mit Anwendung des Artikels 48 herbeizuführen. Zweifellos, so fährt der Redner fort, haben wir große Opfer gebracht, aber wir rufen sie aus Staatspolitik und im Interesse der Wirtschaft bringen. Wir sind uns bewußt, daß es auch darin eine Grenze gibt, die wir wieder an Staatspolitik und im Interesse der Wirtschaft nicht überschreiten dürfen und nicht überschreiten werden. Manche Vorgänge während der Osterpause des Reichstages haben uns mit schwerer Besorgnis erfüllt. Die Rate für den Panzerkreuzer B wird die demokratische Fraktion einmütig ablehnen und verlangen, daß der dafür eingeleitete Betrag eingepart wird. Wir verlangen erneut, die Vorlegung eines in sich geschlossenen militärtechnisch begründeten Erbauprogramms, das eine Uebersicht über die Forderungen für die Landesverteidigung und ihre finanzielle Tragweite ermöglicht. Weiter erfüllt uns mit Besorgnis das Verhalten der Reichsregierung gegenüber Thüringen, das nach außen den Eindruck erweckt, als sei die gegenwärtige Regierung nicht in gleichem Maße wie die frühere entschlossen, die republikanischen Belange gegenüber den Methoden des Herrn Dr. Brüel zur Geltung zu bringen. Der Redner richtet weiter Fragen an den Innenminister wegen des Standes der Reichsreform und der Wahlreform. Das Sparprogramm dürfe sich nicht nur auf die Volkswirtschaft beschränken, sondern müsse auch auf die vielfach ebenfalls notleidenden gewerblichen Kreise des Ostens ausgedehnt werden. Ein System, das lediglich auf Subventionierung hinauslaufe, werde keine Partei nicht mitmachen. Der Redner billigt die Ausführungen des Ministers über die Steuerentlastung und fordert sorgfältige Prüfung, ob am Etat nicht weitere Wirtliche möglich sind.

Abg. Gadschberg (Wirtschaftspartei) erinnert an die parlamentarische Behandlung des Panzerkreuzers A und meint, die dabei angewandten Methoden hätten den deutschen Reichstag und die deutsche Regierung vor der Welt lächerlich gemacht. Die Wirtschaftspartei habe damals schon ein Marinebauprogramm beantragt, in dem alle durch den Versailles Vertrag gebotenen Möglichkeiten ausgeschöpft werden sollten. Diesem Antrag hätten auch die Demokraten zugestimmt, darum sei ihre jetzige Ablehnung des Panzerkreuzers B nicht verständlich. Der Streit wäre freilich

betreffs, durchaus günstig. In der nächsten Woche beginnen in Brüssel die Verhandlungen über die Unterbringung der 300-Millionen-Dollaranleihe der B.F.R. (Bank für internationale Reparationszahlungen). Es wäre bedauerlich, wenn trotz aller Distantsetzungen, die wir zum 1. Mai erlebten, wir für diese Anleihe 6 Prozent

vermieden worden, wenn der Reichswehrminister dem Reichstagsbeschluss entsprechend das verlangte allgemeine Bauprogramm vorgelegt hätte. Nunmehr müßte endlich dieses Programm vorgelegt werden, damit nicht bei jeder neuen Baureise der Streit neu entbrennt. Solange die Vereinigten Staaten von Europa noch nicht da sind, kann auch Deutschland nicht auf Bewaffnung verzichten. Die deutsch-französische Idee, die die Wirtschaftspartei vertritt, hat inzwischen auch bei den übrigen bürgerlichen Parteien feste. Diesen Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien wird kein sozialdemokratisches Sprengpulver tören. Wir werden diesen Etat nicht lang- und langsam schließen. Wir verlangen die schnelle Vorlegung des Ausgabenentwurfes dieses Jahres und des Etats. Mit der Sparsamkeit; muß erst gemacht werden; denn Ausgabenentwurf bedeutet Steuerentlastung. Ein allgemeiner Beamtenabbau in der Verwaltung des Reiches und der Länder sei notwendig, selbst auf die Gefahr hin, daß die abgebauten Beamten lebensfähig Parteigeld beziehen müßten.

Abg. Dr. Pfeiffer (Bav. Volksp.) macht den Sozialdemokraten den Vorwurf, sie hätten bewußt und gewollt den Sturz des Kabinetts Müllers herbeigeführt. Die Sozialdemokratie habe die bequemere Stellung der reinen Agitationspartei einzunehmen wollen. Im alten Kabinett waren die Sozialdemokraten für die Vierkammererböhung; als sie aber aus der Regierung ausgeschieden waren, schickte die sozialdemokratische Fraktion ihre trinfestesten bürgerlichen Mitglieder in den Ausschuss zur Opposition gegen die Vierkammer. (Geisterzeit.) Die Bayerische Volkspartei hat seinerzeit den Ausschlag gegeben für die Wahl Hindenburg zum Reichspräsidenten. Unser Vertrauen zum Reichspräsidenten hat sich in keiner Weise vermindert. Trotzdem bebauern wir, daß in der letzten Zeit die Person des Reichspräsidenten so stark in den politischen Kampf hineingezogen worden ist. Die Berater des Reichspräsidenten sollten bedenken, daß es verhängnisvoll wäre, wenn zu den Regierungskreisen noch eine Präsidentenkrise käme. Wir sind für die Förderung der Leipziger Welle, aber wir müssen die Garantie haben, daß das Messer nicht durch die Duldung von politischen Demonstrationen geföhrt wird. Wir haben die finanziellen Opfer der früheren Regierung für die Emelta bebauert. Jetzt darf dieses Unternehmen aber nicht etwa in ausländische Hände verschleudert werden. Bei der Verteilung der Reichsausgaben kommen die süddeutschen Länder zu kurz. Öffentlich bekämpft sich nicht das Gefühl, daß die Bewertung des Reichseigentums im früher besetzten Gebiet einem Finanzkonkurrenz übertragen werden soll. Es wäre wohl für alle Parteien unerträglich, wenn zu den Leuten, die wir am meisten mißtrauen, noch eine Gruppe von Besatzungsgewinnlern käme. Die Dählie ist notwendig, aber wir brauchen auch Reichshilfe für das notleidende Grenzgebiet Bayerns. Besonders traurig ist die Lage der Weber im süddeutschen Bayern. Ihnen muß durch Aufträge der Reichsbehörden geholfen werden. Die Sparmaßnahme politisch des Reiches darf nicht darin bestehen, daß man einfach immer weitere Lasten auf die Länder und Gemeinden abwälzt.

Reichsinnenminister Dr. Wirth erklärt sich bereit, den ganzen Komplex der Fragen, die das Verhältnis zur thüringischen Regierung betreffen, beim Etat des Reichsinnenministeriums oder schon vorher im Haushaltsausschuss zu erörtern und das Material vorzulegen. Die Debatte würde sich freilich wiederholen, wenn die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über das thüringische Ermächtigungsgesetz vorliegt.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer erwiderte auf verschiedene Angriffe der sozialdemokratischen Presse, er habe keineswegs einen Abbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung gefordert. Ein Leistungsabbau würde ja nur die Gemeinden mehr belasten. Wir wollen nur erreichen, daß überflüssige und entbehrliche Ausgaben vermieden werden, ohne daß auf der anderen Seite die Etats der Gemeinden belastet werden. Durch die Einkämpfung der ersten Baureise für den Panzerkreuzer B hat sich in der Ausgabe des Etats nichts verändert. Wir sind auch

finnen zahlen müssen. Wir erwarten von den deutschen Vertretern in der B.F.R., daß sie gegen diese Pläne, gleichgültig woher sie stammen, Verwahrung einlegen und schon mit Rücksicht auf kommende deutsche Anleihen mit Erfolg bemüht sind, den drohenden 6prozentigen Zinsfuß wesentlich herabzudrücken.

64 km Straßenrennen um den Ehrenpreis des Rieser Tageblattes

Start morgen Sonntag früh 7/8 Uhr am Dampfbad